

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 9

Artikel: "Die Kirche ist politisch!"
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390269>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Kirche ist politisch!» heisst die «Bischöfliche Botschaft», die Sie zum 1. August 2011 veröffentlicht haben. Sie wollen damit ausdrücken, dass die Kirche zwar keine Parteipolitik betreibt, aber sehr wohl Partei ergreife, zum Wohl der Menschen und in Treue zum Evangelium. Das ist gut und richtig gesagt. Und dennoch halte ich Ihre Botschaft für wenig aussagekräftig. Ich war bei der Lektüre zunehmend enttäuscht, ja ungehalten.

Warum spricht die Bischofskonferenz nicht selbst?

1. Ich beginne mit einer formellen Frage. Sie veröffentlichen die Botschaft «im Auftrag der Schweizer Bischofskonferenz». Das müssten Sie uns erklären. Sonst unterzeichnet die Bischofskonferenz ihre Worte im eigenen Namen. Ausnahmen gibt es, wenn sich ein einzelner Bischof mutiger äussern möchte als der Rest oder die Mehrheit seiner Mitbrüder. Das war zum Beispiel beim Referendum gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht 1994 der Fall, das nur gerade vom damaligen Präsidenten der Bischofskonferenz Pierre Mamie unterstützt wurde. In seiner Erklärung standen die – nach wie vor zitierfähigen – Sätze: «Du wirst den Fremden nicht unterdrücken, denn ihr wisst, was Fremdsein heisst, ihr seid in Ägypten gewesen», fordert das Alte Testament [...]. Deshalb wehren wir uns gegen jedes Gesetz, das dem Misstrauen gegenüber dem Fremden Vorschub leisten und als Vorwand und Mittel dienen könnte, Ausländer – auch unbeabsichtigt – zu unterdrücken.» Nach dieser Erklärung entfuhr selbst dem kommunistischen *Vorwärts* der Stosseufzer: «Es ist zum katholisch werden.»

Auch Sie, lieber Herr Abt, haben vor neun Jahren ein prophetisches Wort gewagt, als Sie sich für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Kantons Schwyz

«Die Kirche ist politisch!»

Bischöfliche Botschaft zum 1. August

nicht einfach nur artig bedankten, sondern kritisch hinzufügten, es schmerze Sie, dass anderen Menschen das Bürgerrecht des Kantons willkürlich vorenthalten werde. Sie zitierten aus Jesu Gerichtsrede im Matthäus-Evangelium: «Ich war fremd, und ihr habt mich nicht aufgenommen.» Insgeheim habe ich auch jetzt wieder erwartet, dass Sie der Bischofskonferenz mit derselben Zivil- oder Gottescourage vorangehen würden. Doch die Bischöfliche Botschaft, die Sie uns mitteilen, bleibt so allgemein, fast nichtssagend, dass ich hoffen möchte, die Bischöfe hätten sie aus diesem Grund nicht mitunterzeichnet. An das Gegenteil, dass nämlich die Bischöfe noch weniger weit gehen wollten, möchte ich schon gar nicht denken.

Warum kommt diese Botschaft gerade jetzt?

2. Gehe ich Recht in der Annahme, dass Sie mit dem Bekenntnis zu einer politischen Kirche auf das Wahlprogramm der wählerstärksten Partei der Schweiz antworten wollten? Dieses fordert «die Kirchen auf, sich der Seelsorge und der Verkündigung der christlichen Botschaft zu widmen statt der Tagespolitik». Sie aber sagen: «Selbstverständlich ist die Kirche politisch. Und zwar an vorderster Front.» Die Partei, deren Na-

men für Geiz steht und daher «unter euch nicht einmal genannt werden sollte» (Eph. 5,3), erklärt, sie lehne «einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären ab». Sie aber, werter Herr Abt, erwidern: «Wer immer das Evangelium verkündet, ergreift Partei für den Menschen.» Ausgerechnet die Partei, die das Volk spaltet, wirft den «Kirchenfunktionären» – wer immer das sein mag – vor, «sie spalt(en) damit unsere Volkskirchen». Sie meiden den semantischen Streit über «Linksideologisches», worunter ja wohl auch die «einseitige» Gerichtsrede des Messias Jesus fallen müsste, und betonen die «besondere integrative Kraft» der Kirche.

So weit – so gut! Nur verstehe ich nicht, warum Sie dann noch auf einer Äquidistanz der Kirche zu allen Parteien beharren.

Sind alle Parteien für die Kirche gleichwertig?

3. Sie schreiben: «Die Kirche als solche betreibt keine Parteipolitik. Aber Getaufte sind in allen Parteien engagiert, in allen Parteien gibt es berechnete Anliegen.» Die Kirche sei daher auch «in allen Parteien vertreten». Wirklich? Wie ist die Kirche in einer Partei vertreten, die ihr das politische Mandat abspricht und damit die Verkündigungsfreiheit in Frage stellt?

Die Kirche bedeutet für Sie eine «integrative Kraft», da sie «mittendrin im Leben – bei den Menschen» stehe und berufen sei, «Sauerteig zu sein – zum Heil der Menschen», und zwar aller Menschen, «unabhängig von Nationalität, Religion, Geschlecht, Alter und Gesundheit». Aber es gibt Parteien, die Ihnen diese Integrationsaufgabe ganz schön erschweren. Die Schweiz wird zurzeit vollgeklebt mit Plakaten gegen die «Einwanderung». Da müssten Sie gelegen oder ungelegen hinstehen und sagen: So nicht!

Wie in diesem Frühjahr der Synodal-

rat der reformierten Kirche des Kantons Tessin gegenüber einer Kampagne, die italienische Grenzgänger als tanzende Ratten mit italienischen und EU-Flaggen zeigte. Der Synodalrat hat nicht nur protestiert, sondern auch seine Gemeinden aufgefordert, diese Kampagne «als einen schweren Sündenakt anzusehen». So ähnlich verwehrte sich schon der Schweizerische Evangelische Kirchenbund im Herbst 2004 gegen das unsäglich «Rattenplakat»: «Das Symbol der roten Ratte in Ihrer Plakatkampagne offenbart Verachtung des politischen Gegners und Missachtung der Menschenwürde», schrieb der Kirchenbund, ja es bediene sich «eines rassistischen Symbols» aus der «Zeit des Nationalsozialismus». Sind Sie wirklich der Meinung, dass die Kirche auch in Parteien vertreten sei, die solche Kampagnen führen? Mag sein, dass es «Getaufte» sind, die diesen Schmutz verbreiten, aber können Sie ernsthaft annehmen, dass es auch «Christen» sind?

4. Gewiss wollen sie mit Ihrer Äquidistanz zu allen Parteien die Zeiten des politischen Katholizismus hinter sich lassen, als die katholische Kirche nur eine einzige Partei für «christlich» hielt. Es kann auch nichts schaden, wenn Parteien, die das «C» im Namen oder im Programm führen, nicht mit einem kirchlichen Label rechnen dürfen. Zurzeit fordert eine dieser Parteien gar, die Schweiz solle die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern einstellen, in denen Christen und Christinnen verfolgt werden. Damit wird die Goldene Regel auf den Kopf gestellt. Wir sollen nicht mehr das Gute tun, von dem wir möchten, dass es in gleicher Situation auch andere uns erweisen. Wir sollen vielmehr das Schlechte mit Schlechtem vergelten.

5. Es kann sehr wohl Parteien geben, die für Christenmenschen unwählbar sind. So hat der Zürcher Weihbischof Peter Henrici Ende April 2005 der *Südostschweiz* gesagt, dass für ihn «die SVP die einzige Partei ist, die ein guter Christ

nicht wählen kann». Er erhielt leider keine Unterstützung von seinen Mitbischöfen. Einer von ihnen hat gar zugelassen, dass der Übervater dieser Partei für die Churer Kathedrale eine neue Orgel stiftete und sie – wie wohl auch sich selbst – durch ein Tedeum feiern liess. Bestätigt das etwa Ihre Aussage, dass es in allen Parteien Christen und «berechtigte Anliegen» – im konkreten Fall ein Sponsoring in der Höhe von 1,6 Mio. Franken – gebe?

Warum kein Wort zur Krise?

6. Ich komme zu meinem Hauptvorwurf. Ihr bischöfliches Wort ist nicht der kirchliche «Sauerteig», von dem Sie schreiben, sondern dient der Beschwichtigung. Die Kirche ist zwar politisch, aber sie will – wenn es nach Ihrer Botschaft geht – niemanden herausfordern, schon gar nicht die Parteien, denen Sie bescheinigen, dass sie doch alle «berechtigte Anliegen» vertreten. Ihr Hirtenwort verbreitet die Nacht, in der alle Katzen grau sind. Es scheut sich, konkret zu werden, wie es einer prophetischen Stimme angemessen wäre.

Ich werfe Ihnen gewiss nicht vor, dass Sie auf kleinem Raum nicht alles sagen können. Sie listen denn auch im Anhang Ihrer Botschaft zahlreiche «lehramtliche Quellen» auf. Ein paar Beispiele hätten genügt, um Ihrem Lob für das, was die Kirche angeblich tut, Inhalt und Substanz zu geben:

6.1. Ein Thema, zu dem die Kirche nicht schweigen darf, ist die Gier der Reichen. Darum heisst es in Ihrer Botschaft: «Sie (die Kirche) erhebt ihre Stimme, wo Menschen sich egoistisch auf Kosten anderer bereichern.» Ich zweifle nicht, dass Sie das – «in camera caritatis» natürlich – auch Ihren Freunden Daniel Vasella, Franz B. Humer und Rainer E. Gut in Erinnerung rufen und sich von diesen Herren nicht einfach nur grosszügig beraten lassen, um aus der Stiftschule Einsiedeln ein «Elitegymnasium» zu machen. Aber es geht um mehr

als nur um individuelle Gier, es geht um Mechanismen des sich selbst überlassenen Marktes, die Johannes Paul II. als «Strukturen der Sünde» verurteilte, da sie national wie international «die Situation des Reichtums der Einen und die Armut der Anderen verfestigen» (*Sollicitudo rei socialis*, 16, 36). «Sünde» sei nicht nur «die wilde Spekulation», sagt deshalb der Erzbischof von München Reinhard Marx, sündig sei auch die Struktur, die diese Spekulation fördert, eben das «System, das die Kapitalrendite als den einzigen Zweck der Wirtschaft sieht» (*Spiegel* 27.10.08). Warum sagt das kein Bischof oder Abt in der Schweiz?

6.2. Weiter schreiben Sie, die Kirche ergreife «Partei für Menschen, die nicht als Du, sondern wie eine Sache behandelt werden». Ist Ihnen bewusst, dass in unserem Wirtschaftssystem auch die «Arbeitskräfte» wie Sachen behandelt werden, wenn man sie nach Belieben abstossen kann, damit die Aktien steigen? Leider fehlt im Anhang zu Ihrer Botschaft die fortschrittlichste Enzyklika Johannes Pauls II., aus der Sie zitieren könnten: «Man darf die Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen; man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, weil das einzige Motiv, das ihren Besitz rechtfertigt [...], dies ist, der Arbeit zu dienen.» (*Laborem exercens*, 14) Wenn etwas zu Recht nur Sache ist, dann das Eigentum, das jedoch in unserem perversen System den Vorrang vor der Arbeit beansprucht, womit Profit vor Menschenwürde steht.

6.3. «Sie ermahnt zum verantwortungsvollen Umgang mit der Schöpfung und ihren Ressourcen», attestieren Sie der Kirche. Aber ist dieses ökologische Selbstlob nicht gar dürftig? Vor allem möchten wir wenige Wochen nach der Kernschmelze von Fukushima eine kritische Stellungnahme der Kirche zur Kernenergie hören. Immerhin haben Europas Bischöfe schon 1989 an der Ökumenischen Kirchenversammlung in Basel die Erklärung verabschiedet,

dass mit der Kernkraft «zu viele soziale, technische, ökologische und militärische Risiken verbunden sind». Nur haben sie zwanzig Jahre lang nichts unternommen, um diesen Worten Nachachtung zu verschaffen, wie auch der damaligen Forderung: «Kernkraft sollte nicht die Grundlage unserer künftigen Energieversorgung sein».

6.4. Hinter allen Krisen, von denen Sie so verhalten sprechen, steht eine fundamentale, eine ethische Krise. Sie trägt einen Namen, der in der kirchlichen Soziallehre «ungehemmter Liberalismus» heisst. Ihn verurteilte Papst Paul VI. als ein System, in welchem «der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht» (*Populorum progressio*, 26) ist. Es fehlt bei uns nicht an Parteien, die diesen «Neoliberalismus», wie er heute genannt wird, vertreten, auch nicht an Parteien, die sich von diesem Neoliberalismus nur dadurch unterscheiden, dass sie ihn auch noch für «christlich» halten.

Ja, das hätte Sinn gemacht: ein Wort der Bischöfe zur ethischen Krise hinter allen Krisen.

Warum nicht konkreter, prophetischer?

7. Eigentlich sollten Erklärungen von Ortskirchen die Soziallehre der Weltkirche konkretisieren und nicht umgekehrt. Das hat in der Schweiz das «Wort der Kirchen – Miteinander in die Zukunft» 2001 versucht. Sie erwähnen es nur gerade im Anhang. Es wäre eine Fundgrube für Stellungnahmen zum Asylrecht, zur Ausländerfeindlichkeit, zu existenzsichernden Mindestlöhnen, zur Aufstockung der Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP, zur Tobintax usw. Wieso machen wir uns die Mühe, bei solchen Denkschriften mitzuarbeiten, wenn sie doch nur zur Makulatur verkommen?

8. Wer Ihre Bischöfliche Botschaft auf

dem Internet sucht, findet sie unter www.bischoefe.ch/botschaften/1.-august-2011. Er oder sie findet hier auch das sympathische Bild des Abtes von Einsiedeln. Sie stehen auf dem Bundesplatz, der fast menschenleer ist. Das Bundeshaus liegt mit abgeschnittener Kuppel hinter Ihnen. Ihr Blick ist uns zugewandt, nicht selbstbewusst wie bei manchem «Kirchenfürsten». Zweifelnd Sie an Sinn und Salz Ihrer Botschaft? Dann wären Sie noch immer für eine Überraschung gut.

In dieser Erwartung seien Sie herzlich gegrüsst

Ihr Willy Spieler

P.S. Nach der Niederschrift meines Briefes entnehme ich einer KIPA-Meldung, dass Sie am 1. August in Eschenz die grassierende Menschenverachtung auf Plakatwänden tatsächlich verurteilt haben. Wer oder was hat Sie daran gehindert, diesen Klartext auch in die Bischöfliche Botschaft einzubringen?

Zwei Aktuelle politische Stellungnahmen der Katholischen Kirche

1. In einem Bericht des *Sonntag* (28.8.) hat Werlen sich im Namen der Bischöfe in Südafrika entschuldigt für «das mangelnde Interesse» der CH-Kirchenleitung während der Apartheid. «Die Kirche hat dem grossen Druck von Wirtschaft und Politik teilweise zu stark nachgegeben», so Werlen zum *Sonntag*. Eine Studie, die im Auftrag der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) erstellt wurde, beleuchtet das Verhalten der Kirchenoberen während der Apartheid in Südafrika.

2. In einem Mediencommuniqué vom 25.8.11 richtet die Kommission für Medien und Kommunikation der Schweizer Bischofskonferenz einen Appell an die Medien Anlass war das Inserat «Kosovaren schlitzten Schweizer auf!», das in verschiedenen Schweizer Medien erschienen war: «Wir fordern alle Verantwortlichen in den Medien auf, dieser gotteslästerlichen Menschenverachtung keinen Platz mehr einzuräumen. Denjenigen Medienschaffenden, welche die Publikation ablehnten, danken wir ausdrücklich.»

Die Redaktion